

Deutschlands Zukunft heißt Europa



**Wir setzen deutsche
Interessen im Binnen-
markt durch**



**Wir setzen deutsche
Interessen im Binnen-
markt durch**



INHALT

	Seite
1. Deutschlands Zukunft heißt Europa	5
2. Europäischer Binnenmarkt 1992: Herausforderung und Chance	9
Die EG: Garant für unsere wirtschaftliche Stabilität	10
Die Idee des Binnenmarktes: freier Austausch von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital	10
Beseitigung von Handelsschranken: grünes Licht für mehr Wohlstand und Beschäftigung	11
Europaweite Marktöffnung mobilisiert Wachstumsreserven	12
3. Fünf Pluspunkte des europäischen Binnenmarktes	15
Pluspunkt 1: Motor für Wachstum und Beschäftigung	16
Pluspunkt 2: Größere Wahlfreiheit, günstigere Preise und gesicherter Verbraucherschutz	16
Pluspunkt 3: Chancen für den Mittelstand	17
Pluspunkt 4: Bessere Berufsaussichten für den einzelnen	19
Pluspunkt 5: Europa bleibt weltoffen	20
4. Auf dem Weg zur Währungsunion	21
5. Die soziale Dimension der Europäischen Gemeinschaft	23
Europas Trumpf heißt »Soziale Marktwirtschaft«	24
Binnenmarkt sichert soziale Leistungsfähigkeit	24
Sozialmodell Bundesrepublik Deutschland	25
Umbau des Sozialstaates	26
Hilfen aus dem europäischen Sozialfonds für die Bundesrepublik Deutschland	30
Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft	32
Europäische Sozialcharta	33
6. SPD: Falsches Konzept für Deutschland — falsches Konzept für Europa	35

7. Forschungs- und Technologiegemeinschaft Europa — Wir Deutschen sind gut gerüstet	39
Technologischer Leistungsstand, Innovationskraft und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland	40
Erfolge durch Forschung und Innovation	40
Die Herausforderungen der neunziger Jahre	42
Eindrucksvolle Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft	46
Europäische Weltraumtechnologie sichert Europas Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten	48
8. Anhang	
Ausgewählte europäische Institutionen und Organisationen	50
An die Briefwahl denken	51

1.

**DEUTSCHLANDS
ZUKUNFT
HEISST EUROPA**

KAS-S-ANGEP

Zukunftsprogramm Binnenmarkt

Die Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis Ende 1992 ist die größte Herausforderung der Europäischen Gemeinschaft seit ihrer Gründung und für die Bundesrepublik Deutschland die größte Chance seit Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard. Der europäische Binnenmarkt ist ein Zukunftsprogramm für alle Bürger — für Arbeitnehmer, Unternehmer und Verbraucher.

Drei Gemeinschaftsaufgaben

Worum geht es dabei eigentlich? Welche Aufgaben muß Europa gemeinschaftlich lösen? Dies sind drei der wichtigsten:

★ Europa muß den wirtschaftlichen Wettbewerb mit den beiden anderen großen Wirtschaftszentren USA und Japan, aber auch mit den Schwellenländern Südasiens bestehen.

★ Europa muß Wachstum und Beschäftigung sichern, um Wohlstand und sozialen Fortschritt für alle Länder der Gemeinschaft zu schaffen und zu erhalten.

★ Europa muß seine technologische Spitzenposition verteidigen, um seine Exportkraft zu erhalten.

Das Zukunftsprogramm europäischer Binnenmarkt ist eine Antwort auf diese Herausforderungen: Der europäische Binnenmarkt mit über 320 Millionen Menschen wird die Gemeinschaft zum größten einheitlichen Wirtschaftsraum der westlichen Welt machen. Er wird neue Wachstumskräfte freisetzen und

damit weiteren Wohlstand und mehr Arbeitsplätze schaffen.

Kleinstateerei wird zum Milliardengrab

Der Hintergrund: Heute kosten Grenzkontrollen, technische Handelshemmnisse und Steuerschranken die Gemeinschaft nach Experten-Schätzung rund 430 Milliarden Mark jährlich — das sind 1.300 Mark je EG-Einwohner.

● Die Abschaffung der Zollformalitäten bringt allein einen Nutzen von 22 Milliarden Mark.

● Weitere 163 Milliarden Mark können durch den Abbau versteckter Handelshemmnisse gewonnen werden — dazu gehören zum Beispiel lebensmittelrechtliche Vorschriften, die es den Unternehmen gegenwärtig oft schwer machen, mit ihren Produkten auch auf Märkten jenseits der eigenen Landesgrenzen Fuß zu fassen.

● Durch den größeren Markt und den verschärften Wettbewerb wird sich der Wohlstand der Europäer um 245 Milliarden Mark erhöhen.

Forschungs- und Technologiegemeinschaft

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sichern heißt, mit europäischer Spitzenforschung und -technologie weltweit vorne zu bleiben. Dies kann weder die Bundesrepublik Deutschland, noch Frankreich oder Großbritannien alleine erreichen. Europa braucht erstklassige Forschung und Technologie, um weltweit Spitzenprodukte absetzen zu können, um eine krisenfeste und wirtschaftliche Energieversorgung zu garantieren,

um unsere Umwelt dauerhaft zu schützen, um moderne Information und Kommunikation zu ermöglichen. Wir brauchen den technischen Fortschritt aber nicht zuletzt auch zur Schaffung wettbewerbsfähiger und zukunftssicherer Arbeitsplätze. **Deshalb muß Europa zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft werden.**

Wirtschafts- und Sozialraum

Das Zukunftsprogramm europäischer Binnenmarkt werden wir aber nur verwirklichen können, wenn wir alle gesellschaftlichen Kräfte, vor allem Unternehmer, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, hierfür gewinnen. **Wir brauchen einen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum.** Die Gemeinschaft der zwölf Staaten muß den sozialen Dialog als Schlüssel zum Erfolg konsequent nutzen.

Modell Soziale Marktwirtschaft

Wir haben die Chance, unsere erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für das gesamte Wirtschaftsgefüge der Gemeinschaft zu nutzen.

Europa wieder auf Erfolgskurs

Wer die europäische Einigung blockiert, schadet auch uns Deutschen, denn Europa lohnt sich für uns besonders: **Niemand zieht größeren Nutzen aus der europäischen Integration als die**

Bundesrepublik Deutschland — wirtschaftlich und politisch. Deshalb hat die CDU Europa wieder auf Erfolgskurs gebracht.

Als die Regierung Helmut Kohl im Oktober 1982 die Verantwortung übernahm, steckte die Europapolitik seit Jahren in einer Sackgasse. Damals kennzeichneten wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten, zunehmende Uneinigkeit und politische Handlungsunfähigkeit die Lage Europas. Der damalige EG-Kom-

Das hat Helmut Kohl als EG-Ratspräsident 1988 durchgesetzt:

- ★ Die Finanzierung der Gemeinschaft wurde wieder auf eine sichere und gerechte Grundlage gestellt.
- ★ Die Ausgaben für die Agrarpolitik wurden begrenzt; die Landwirtschaftspolitik erhielt endlich wieder eine verlässliche finanzielle Grundlage.
- ★ Mit der Finanz- und Agrarreform wurde erheblicher finanzieller Spielraum geschaffen; er wird dazu genutzt, die Mittel für die ärmeren Regionen in der Gemeinschaft bis 1992 zu verdoppeln.
- ★ Und vor allem: Nach der deutschen Präsidentschaft gibt es keine Umkehr mehr auf dem Weg zum europäischen Binnenmarkt, denn die Regierung Helmut Kohl hat grundlegende Entscheidungen durchgesetzt, zum Beispiel die Stärkung der währungspolitischen Zusammenarbeit, die Liberalisierung des Kapitalverkehrs, die Anerkennung der Hochschuldiplome.

missionspräsident Gaston Thorn stellte besorgt fest: »So wie jetzt geht es in der EG nicht weiter.«

Heute, nach sechs Jahren harter Arbeit für Europa, ist die Krise der Gemeinschaft überwunden. Dies ist vor allem das Verdienst des überzeugten Europäers Helmut Kohl, dem es gelang, mit Ausdauer, Mut und einem klaren politischen Konzept Europa Schritt für Schritt wieder flott zu machen. Heute können wir sagen: Europa ist wieder da.

»In diesen sechs Monaten der deutschen EG-Präsidentschaft wurde mehr entschieden als in den zehn Jahren davor.«

JACQUES DELORS

Präsident der EG-Kommission

Pressestimmen

Die in- und ausländische Presse würdigt diese Leistung Helmut Kohls bei der Wiederbelebung Europas. So schrieb zum Beispiel die Süddeutsche Zeitung: »Die deutsche Präsidentschaft war — gemessen am politischen Stillstand der Vergangenheit — ein starkes Halbjahr für Europa. Tatsache ist, daß die Europäische Gemeinschaft in den letzten sechs Monaten mehr Fortschritte in Richtung auf eine wirtschaftliche Integration der Zwölf erlebt hat als in den sechs Jahren zuvor.« Und »Liberation« in Paris schrieb: »Erster Preis für die deutsche Ratspräsidentschaft!«



2.

**EUROPÄISCHER
BINNENMARKT**

1992:

**HERAUSFORDE-
RUNG UND
CHANCE**

DIE EG: GARANT FÜR UNSERE WIRTSCHAFTLICHE STABILITÄT

Wir kaufen Käse aus Frankreich, Apfelsinen aus Spanien, Schuhe aus Italien, Blumen aus den Niederlanden und fah-

Die EG sichert die wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik Deutschland:

- Mehr als die Hälfte unseres Exports geht in die EG; das entspricht rund 17 Prozent unseres gesamten Bruttosozialprodukts.
- Für einzelne Wirtschaftszweige ist die Bedeutung der EG als Absatzmarkt noch erheblich größer: Über zwei Drittel der deutschen Nahrungsmittelexporte werden in der EG abgesetzt.
- Jeder fünfte deutsche Arbeitsplatz hängt vom Export in die EG ab; allein der Überschuß im Warenaustausch mit EG-Ländern im Jahr 1986 sicherte rund 800 000 Arbeitsplätze.
- Die deutsche Wirtschaft hat die Nase im europäischen Geschäft vorn. 1986 lagen von den rund 15.000 deutschen Auslandsniederlassungen in der Welt 6.500 in den EG-Ländern, davon 1.900 in Frankreich und 1.100 in England. Für alle großen Länder in der EG ist die Bundesrepublik Deutschland der wichtigste Lieferant.



ren in den Urlaub nach Griechenland. Die Menschen in unseren Partnerländern kaufen deutsche Autos, deutsche Maschinen, deutschen Wein und zigtausend andere deutsche Produkte. Das heißt: Wir leben europäisch, und unser Wohlstand ist europäisch.



DIE IDEE DES BINNENMARKTES: FREIER AUSTAUSCH VON WAREN, DIENSTLEISTUNGEN, PERSONEN UND KAPITAL

Mit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte am 1. Juli 1987 haben sich die zwölf Staaten der Europäischen Gemeinschaft verpflichtet, bis 1992 einen Markt ohne Binnengrenzen zu bilden, in dem ein freier Austausch von Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital gewährleistet ist. Alle materiellen, technischen und steuerlichen Schranken zwischen den Mitgliedstaaten sollen bis dahin beseitigt werden. Heute behindern diese Schranken einen weiteren Aufschwung der europäischen Wirtschaft. Sie sind ein Milliardengrab.

★ **Beispiel 1:** Ein Lastkraftfahrer wartet an den Schlagbäumen im Schnitt eine Stunde und 20 Minuten. Seine Durchschnittsgeschwindigkeit auf dem Weg Antwerpen — Mittelitalien beträgt 20 Km/h. Der amerikanische Kollege fährt auf der Strecke New York — mittlerer

Westen dreimal so schnell — und entsprechend kostengünstiger.

★ **Beispiel 2:** Unterschiedliche technische Vorschriften, die gegenseitig nicht anerkannt werden, machen den Unternehmen das Leben schwer. So produziert Philips sieben verschiedene Rasierapparate gleichen Typs für den europäischen Markt. Allein 30 Ingenieure sind damit beschäftigt, die Produkte an die unterschiedlichen Vorschriften anzupassen — die Rechnung zahlt der Verbraucher.



BESEITIGUNG VON HANDELS- SCHRANKEN: GRÜNES LICHT FÜR MEHR WOHLSTAND UND BESCHÄFTIGUNG

Die Beseitigung von Handelsschranken in Form von Warenkontrollen, Verwaltungsformalitäten und sogenannten technischen Schranken — das sind unterschiedliche nationale Sicherheits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen, die nicht gegenseitig anerkannt werden —, gibt grünes Licht für mehr Wohlstand und Beschäftigung in ganz Europa.

Wegfall von Grenzformalitäten

Lkw-Fahrer, die Güter durch die Gemeinschaft transportieren, müssen heute an der Grenze noch zahlreiche Verwaltungsformalitäten erfüllen. Der Grund:

Erhebung von Steuern, Aufnahme statistischer Daten, Überwachung genehmigungspflichtiger Aus- und Einfuhren, Überwachung von Handelsquoten usw. **Durch den Wegfall von Warenkontrollen und Verwaltungsformalitäten verbilligt sich der grenzüberschreitende Güterverkehr.** Fachleute rechnen für die nächsten vier bis sechs Jahre mit Kostensenkungen in einer Größenordnung von 17,4 bis 19,3 Milliarden Mark; das entspricht im Wert etwa 1,7 bis 1,9 Prozent des innergemeinschaftlichen Warenhandels. Für die Bundesrepublik Deutschland rechnet man im Schnitt mit Kostensenkungen von 163 Mark pro Ausfuhrlieferung.

Wegfall von technischen Schranken

Die Mitgliedstaaten der EG haben nach wie vor eigene Produktnormen und technische Vorschriften, mit denen sie festlegen, welche Sicherheits-, Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen eingehalten werden müssen. Allein in der Bundesrepublik Deutschland gibt es insgesamt etwa 20.000 Industrienormen (DIN), 160 Vorschriften der Berufsgenossenschaften, 170 Unfallverhütungsvorschriften, 400 Gesetze, Verordnungen und Richtlinien für das Inverkehrbringen von Lebensmitteln und mehr als 1.200 Richtlinien des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI).

Wenn die Mitgliedstaaten die jeweiligen Prüfungen und Bescheinigungen nicht gegenseitig anerkennen, werden derartige Vorschriften zu Handelsbarrieren. Sie verursachen dann nicht nur zusätzliche Kosten durch getrennte Aufwendungen für Forschung, Entwicklung und

Marketing, sie führen auch zu ungünstigen Produktionsstrukturen. Sie erhöhen die Stückkosten und verteuern die Lagerhaltung. Beispiele für Verschwendung im Alltag: Farbfernsehen und Telefon verwenden unterschiedliche technische Systeme; ein Zug, der von Paris nach Amsterdam fährt, muß dreimal die Stromspannung wechseln.

Von den Kosten technischer Schranken sind besonders betroffen:

- Telekommunikationsausrüstungen mit zehn Milliarden Mark;
- Baumaterialien mit 5,2 Milliarden Mark;
- Lebensmittel mit 2,1 Milliarden Mark;
- Automobile mit 600 Millionen Mark.

Angleichung oder gegenseitige Anerkennung?

In der Vergangenheit hat sich die Gemeinschaft bemüht, diese Handelschranken durch eine völlige Harmonisierung zu überwinden, das heißt durch Anpassung der nationalen Bestimmungen an eine zu vereinbarende Gemeinschaftsnorm. Damit konnten aber nur begrenzte Erfolge erzielt werden. Die Befassung des Rates mit einer Fülle technischer Einzelheiten war zu zeitraubend. In Zukunft wird die Gemeinschaft für umfassende Produktbereiche nur noch die wesentlichen Schutzanforderungen festlegen. Die technischen Einzelheiten sollen die europäischen Normenorganisationen (CEN, CENELEC) ausfüllen. In weiten Bereichen soll die gegenseitige Anerkennung von Normen den Marktzugang sichern.

In allen diesen Branchen ist die deutsche Industrie stark vertreten. Wenn allein der deutsche Anteil an der gesamten industriellen Produktion als Maßstab gewählt wird, so kann man davon ausgehen, daß deutsche Unternehmen zu etwa einem Viertel mit diesen Kosten belastet sind.



EUROPAWEITE MARKTÖFFNUNG MOBILISIERT WACHSTUMS- RESERVEN

Mit der Beseitigung technischer Schranken ergibt sich zugleich eine europaweite Marktöffnung, das heißt die Einbeziehung jener wachstumsträchtigen Bereiche in den gemeinsamen Markt, die bisher weitgehend davon ausgenommen sind:

- ★ Verkehr,
- ★ Telekommunikation,
- ★ Kapitalverkehr und Finanzdienstleistungen sowie
- ★ öffentliches Auftragswesen.

So werden alljährlich zum Beispiel rund eine Billion Mark im öffentlichen Auftragswesen vergeben — von Telefonzentralen bis hin zu langen Unterhosen für Soldaten —, also rund 12 bis 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Gemeinschaft. Der ganz überwiegende Teil — meist über 90 Prozent — geht an »nationale Hoflieferanten«. Durch einen verschärften Zwang zu EG-weiten Ausschreibungen könnte ein erheblicher Teil der Ausgaben eingespart werden —

nach Schätzungen der EG-Kommission bis zu 80 Milliarden Mark. Und die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen eines gemeinsamen Dienstleistungsmarktes für Banken und Versicherungen werden für acht Mitgliedstaaten auf 43 Milliarden Mark geschätzt. Davon entfällt auf die Bundesrepublik Deutschland rund ein Fünftel, nämlich 9,3 Milliarden Mark.



KAS-ACDP

KAS-ACDP

3.
FÜNF
PLUSPUNKTE
DES
EUROPÄISCHEN
BINNEN-
MARKTES

Der europäische Binnenmarkt bringt Vorteile für alle Bürger — für Arbeitnehmer, Unternehmer und Verbraucher.

PLUSPUNKT 1

MOTOR FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG

Der europäische Binnenmarkt ist Europas Trumpf im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Durch die Beseitigung der Handelshemmnisse, durch die Kostenvorteile des größeren Marktes mit über 320 Millionen Einwohnern und durch den intensiveren Wettbewerb werden neue Wachstumskräfte freige-

Das bringt der Binnenmarkt:

Der Binnenmarkt ermöglicht nach Berechnungen der EG-Kommission

- die Steigerung des Wirtschaftswachstums um 4,5 Prozent,
- den Rückgang der Verbraucherpreise um 6,1 Prozent,
- die Schaffung von 1,8 bis fünf Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen bis Ende der neunziger Jahre,
- die Entlastung der öffentlichen Haushalte in Höhe von 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts — bezogen auf 1985 wären dies rund 154 Milliarden Mark,
- die Verbesserung der Handelsbilanz um rund ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

setzt. Niedrigere Preise stärken die Kaufkraft und beleben die Nachfrage. Dies gibt den Unternehmen die Chance zu Absatzsteigerungen. Dadurch erhöhen sich auch Produktion, Beschäftigung und Realeinkommen — vorausgesetzt, die durch Rationalisierung freiwerdenden Ressourcen werden wieder produktiv eingesetzt. **Vom Binnenmarkt werden gerade wir Deutsche profitieren, denn deutsche Qualitätsarbeit ist überall gefragt. Durch den Abbau von Handelsschranken gibt es freie Fahrt für deutsche Produkte.**

Bei aller gebotenen Vorsicht bestätigen derartige Schätzungen doch eindrucksvoll die großen ökonomischen Vorteile eines europäischen Binnenmarktes. Sicher ist: Die positiven Anstöße des Binnenmarktes werden um so stärker sein und um so rascher wirken, je mehr die Unternehmen bereit sind, den größeren und freieren Markt zu nutzen. Die entsprechende Bereitschaft scheint vorhanden zu sein, wenn man zum Beispiel den Wettlauf der europäischen und nicht-europäischen Unternehmen um günstige Ausgangsstellungen betrachtet.



PLUSPUNKT 2

GRÖßERE WAHLFREIHEIT, GÜNSTIGERE PREISE UND GESICHERTER VERBRAUCHER- SCHUTZ

Wenn Unternehmen in der gesamten Gemeinschaft unbeschränkt um die Gunst der Verbraucher werben können,

wird der Wettbewerb größer. Wettbewerb belebt das Geschäft und zwingt die Unternehmen, so kostensparend wie möglich zu produzieren. Dies kommt dem Verbraucher zugute. Das Angebot wird reichhaltiger; die Preise können sinken. Das derzeitige, zum Teil beträchtliche Preisgefälle zwischen den einzelnen EG-Staaten wird verschwinden; für Waren und Dienstleistungen gleicher Qualität werden überall vergleichbare Preise gelten. **Fachleute schätzen, daß bei uns beispielsweise die Telefone um rund 40 Prozent, Elektrogeräte um 14 Prozent und Autos um vier Prozent billiger werden.** Insgesamt wird ein Rückgang der Verbraucherpreise um 6,1 Prozent erwartet.

Unsere Standards bleiben vorbildlich

Deutsche Verbraucherschutz-, Umweltschutz- und Gesundheitsschutzstandards gelten in der EG als vorbildlich. Das wird so bleiben. Die Einheitliche Europäische Akte verpflichtet in Artikel 100 a die Kommission, bei ihren Vorschlägen für einheitliche europaweite Vorschriften von einem hohen Schutzniveau auszugehen — eine Klausel, die gerade auf deutsches Drängen hin eingeführt wurde. Im übrigen kann jedenfalls die Mehrzahl der EG-Staaten an einem niedrigen Niveau kein Interesse haben, weil sich langfristig am Markt nur hohe Qualität und hohe Standards durchsetzen. Das beweisen beispielhaft die deutschen Exporterfolge.

Beispiel Lebensmittelüberwachung

Der Regierung Helmut Kohl ist es zum Beispiel gelungen, im EG-Ministerrat Einigkeit über die Durchführung der Lebensmittelüberwachung nach einheitlichen Grundsätzen in allen EG-Mitgliedstaaten zu erzielen. Dadurch wird künftig die Lebensmittelkontrolle — wie bereits heute in der Bundesrepublik Deutschland — in allen Ländern durchgängig auf allen Handelsstufen durchgeführt, also vom Hersteller bis zum Einzelhandel. Der Einsatz von Hormonen in der Tiermast ist seit dem 1. Januar 1988 EG-weit verboten. Und auch nach dem »Bierurteil« aus Luxemburg wird in der Bundesrepublik Deutschland kein Tropfen Bier gebraut, der nicht dem deutschen Reinheitsgebot entspricht; ganz einfach, weil das deutsche Recht für deutsche Brauer nach wie vor gilt.



PLUSPUNKT 3 CHANCEN FÜR DEN MITTELSTAND

Der europäische Binnenmarkt bietet kleinen und mittleren Unternehmen große Chancen. Was für die Bundesrepublik Deutschland gilt, gilt auch für die Gemeinschaft: Kleine und mittlere Unternehmen gewährleisten durch ihre Anpassungsfähigkeit eine sichere und kundennahe Versorgung der Verbraucher. Sie erschließen Marktlücken und bieten persönliche Dienst- und Beratungsleistungen. Sie besitzen ein hohes Maß an Innovationskraft und sind damit besonders geeignet, die Rolle des Pionierun-

ternehmens in einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft zu übernehmen.

Chancen nutzen

Derart anpassungsfähig, werden sie die Entwicklungschancen zu nutzen wissen, die sich sowohl aus der Markterweiterung als auch der zunehmenden Vielfalt der Kundenwünsche ergeben. **Produktqualität und Dienstleistungen sind für die deutschen Unternehmen die stärksten Waffen im Auslandsgeschäft.** Zusätzliche Marktchancen bieten sich beispielsweise für deutsche Betriebe mit betont umweltfreundlichen Produkten.

Das Auslandsgeschäft kleiner und mittlerer Unternehmen wird durch die Beseitigung der Grenzformalitäten und der technischen Schranken wesentlich erleichtert, die Schwelle vom reinen Inlandsbetrieb zum exportorientierten Unternehmen gesenkt. Zumindest in grenznahen Gebieten dürfte sich der gegenseitige Austausch von Waren und Dienstleistungen verstärken. Soweit kleine und mittlere Unternehmen Zulieferer für großindustrielle Hersteller sind, werden sie von den neuen Möglichkeiten profitieren können, die der »grenzenlose Markt« den Großen eröffnet.

Wichtig ist, daß sich die Unternehmen ihre Chancen bewußt machen und sich auf den Binnenmarkt rechtzeitig einstellen: Sie müssen Marktkennntnisse erwerben. Mehr als früher noch sind eine gründliche Aus- und Fortbildung sowie international orientierte, mehrsprachige Mitarbeiter gefordert. Hinzu kommen müssen verstärkte Information und Beratung der Betriebe, und zwar hinsichtlich von EG-Rechtsvorschriften, Forschungsprogrammen, Beihilfen, Dritt-

landsmärkten und öffentlichen Ausschreibungen. Notwendig sind auch Anpassungen in den Unternehmensstrategien, zum Beispiel eine Überprüfung der Produktionspalette, neue Vertriebs- und Logistiksysteme, aber auch die Bereitschaft zu Kooperationen.

Die Kontaktaufnahme mit der EG bietet dem Mittelständler interessante Möglichkeiten. So kann sich ein Hersteller unter bestimmten Voraussetzungen beispielsweise eine Marktanalyse über seine Chancen im spanischen Markt erstellen.

Aktionsprogramm für den Mittelstand

Damit kleine und mittlere Unternehmen die Chancen des europäischen Binnenmarktes voll nutzen können, hat der EG-Rat ein Aktionsprogramm verabschiedet, das Zug um Zug umgesetzt wird. Schwerpunkte sind:

- ★ eine mittelstandsfreundliche Verwaltungsvereinbarung,
- ★ Erleichterungen für mittelständische Kapitalgesellschaften bei der 4./7. Richtlinie Bilanzen GmbH und Co. KG,
- ★ Verbesserung der Informations- und Kommunikationsstrukturen (Netz von EG-Beratungsstellen),
- ★ Erleichterung grenzüberschreitender Kooperationen,
- ★ Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an gemeinschaftlichen Vorhaben, zum Beispiel in Forschung und Technologie.

Zur Koordination dieser Arbeiten hat die EG-Kommission eine besondere Arbeitsgruppe eingerichtet.

Deutsche Unternehmen optimistisch:

Die deutschen Unternehmen beurteilen Europa '92 optimistisch: 15 Prozent schätzen ihre Chancen nach EG-Angaben als »viel größer« und immerhin 37 Prozent als »etwas größer« ein.

len lassen, deren Kosten ihm von der EG erstattet werden. Ein anderer kann Demonstrationsvorhaben zur Energieeinsparung oder für den Umweltschutz zu erheblichen Teilen von der EG finanziert bekommen.



PLUSPUNKT 4 BESSERE BERUFAUSSICHTEN FÜR DEN EINZELNEN

Der europäische Binnenmarkt verwirklicht die volle berufliche Freizügigkeit, das heißt jeder EG-Bürger hat das Recht, in einem anderen Mitgliedsland seinen Beruf auszuüben, als abhängig Beschäftigter oder als Selbständiger.

Anerkennung von Hochschulabschlüssen

Die Einigung des EG-Rates über die gegenseitige Anerkennung der Hochschuldiplome am 22. Juni 1988 ist für das Europa der Bürger von besonderer Bedeutung. Damit werden künftig alle Befähigungsnachweise auf Hochschulniveau innerhalb der EG gegenseitig anerkannt. Soweit für bestimmte akademische Berufe bereits besondere EG-Anerkennungsbestimmungen bestehen — wie zum Beispiel für Architekten, Ärzte, Apotheker —, gelten diese fort. Soweit aber keine besonderen Bestimmungen bestehen, erfolgt die Anerkennung nach den Vorschriften der im Juni 1988 beschlossenen allgemeinen Regelung.

Die Richtlinie verzichtet auf eine Angleichung der Ausbildungsbedingungen in den Mitgliedstaaten. Sie stützt sich vielmehr auf das gegenseitige Vertrauen der Mitgliedstaaten in die jeweilige Ausbildung. Denn es ist grundsätzlich zu erwarten, daß ein Berufsangehöriger, der im Heimat- oder Herkunftsland die für den Berufszugang erforderliche Ausbildung erworben hat, seinen Beruf auch in den anderen EG-Mitgliedstaaten zufriedenstellend ausüben kann. **Mit der gegenseitigen Anerkennung der Diplome wird jeder wählen können, wo er sich wie lange ausbilden lassen will.**

Berufsbildung

Das deutsche duale Berufsbildungssystem ist in der EG vorbildlich und schafft die besten Voraussetzungen, um im zukünftigen Binnenmarkt erfolgreich zu sein. Gleiches gilt für die Handwerksordnung und die deutsche Meisterprüfung, also für den sogenannten großen Befähigungsnachweis. Schon 1966 wurde hier eine Regelung getroffen: Wenn ein EG-Bürger im EG-Bereich mindestens sechs Jahre selbständig als Handwerker (z. B. Friseur oder Bäcker) tätig war und dann in die Bundesrepublik Deutschland kommt, hat er einen Rechtsanspruch auf eine Aus-

nahmegenehmigung für einen Eintrag in die deutsche Handwerksrolle, ohne die deutsche Meisterprüfung nachmachen zu müssen. Auf diese Weise sind von den insgesamt 500.000 Handwerksbetrieben in der Bundesrepublik Deutschland 2.500 Betriebe von Ausländern in die deutsche Handwerksrolle eingetragen worden.



PLUSPUNKT 5 EUROPA BLEIBT WELTOFFEN

Wenn die Grenzen im Innern fallen, dürfen keine neuen nach außen entstehen. Europa muß weltoffen bleiben. Europa ist mit seiner starken Einbindung in die Weltwirtschaft und mit seiner Rohstoffabhängigkeit auf eine funktionierende internationale Arbeitsteilung angewiesen. Der Versuch, den mit der Schaffung des Binnenmarktes verbundenen Anpassungszwang durch Einfuhrbeschränkungen gegenüber Drittländern auszugleichen, würde den Integrationserfolg aufs Spiel setzen.

Keine Abschottung gegenüber Drittländern

Die EG muß sich daher Abschottungstendenzen, wo immer sie in der Welt auftreten, nachdrücklich widersetzen und darf auch selbst keinerlei Anlaß dazu geben.

Ein Dauerthema bleibt die Fortentwicklung der Handelsbeziehungen der EG zu den USA und Japan. Ziel ist auch hier der Abbau von Handelshemmnissen.

Besondere Qualitäten haben die Handelsbeziehungen der Gemeinschaft zu den EFTA-Staaten (Schweden, Norwegen, Finnland, Island, Schweiz und Österreich). Es kommt jetzt vor allem darauf an, parallel zur Vollendung des EG-Binnenmarktes möglichst mit allen EFTA-Staaten Regelungen zu treffen, die zu einem großen europäischen Wirtschaftsraum führen.



4. AUF DEM WEG ZUR WÄHRUNGS- UNION

EUROPÄISCHES WÄHRUNGSSYSTEM

Die Schaffung des Gemeinsamen Marktes war von Anfang an mit der Schaffung einer Europäischen Währungsunion verbunden. **1978 wurde dann das Europäische Währungssystem (EWS) gegründet, das die Aufgabe hat, in Europa eine Zone hoher Währungsstabilität zu schaffen.** Der Grund: Heftige Wechselkursschwankungen erweisen sich oft als Bremse für das internationale Wirtschaftswachstum und als mitverantwortlich für die weltweite Zunahme von Subventionen und Protektionismus.

Das Europäische Währungssystem hat in den über zehn Jahren seit seiner Gründung und trotz zeitweiliger Schwierigkeiten insgesamt gut funktioniert und zur Wechselkursstabilität zwischen den beteiligten Ländern beigetragen. Es ist ein wichtiger Zwischenschritt auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion.

EUROPÄISCHE ZENTRALBANK

Zur Wirtschafts- und Währungsunion gehört auch ein unabhängiges Zentralbanksystem. Notwendige weitere Schritte vor der Schaffung eines solchen Systems sind die Liberalisierung des Kapitalverkehrs und die weitere Stärkung des EWS. Hierbei ist bessere Abstimmung der Wirtschafts- und Währungspolitik der Mitgliedsländer ebenso geboten wie die weitere Zusammenarbeit der Zentralbanken im Wechselkurs-

verbund. Außerdem ist im Rahmen des EWS eine Teilnahme aller Mitgliedstaaten, die die wirtschafts- und währungspolitischen Voraussetzungen erfüllen, wünschenswert, damit das EWS auch international seine volle Wirkung erzielen kann. Insbesondere sind die Sonderregelungen im Währungsverbund abzubauen.

In der Einheitlichen Europäischen Akte wird die Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik besonders betont. Die Wirtschafts- und Währungsunion ist Bestandteil des EWG-Vertrages geworden. Das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion macht es erforderlich, die Voraussetzungen und Wege für die Schaffung einer europäischen Währung und eines Europäischen Zentralbanksystems zu klären:

- Ein Europäisches Zentralbanksystem muß bei seinen Entscheidungen unabhängig von den Regierungen und den EG-Organen sein.
- Es muß dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet sein.
- Bei der Schaffung einer Europäischen Zentralbank sind die Erfahrungen mit föderativen Zentralbanksystemen zu berücksichtigen.



5.

**DIE SOZIALE
DIMENSION
DER
EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFT**

»Wir werden ein so wichtiges Vorhaben wie den Binnenmarkt nur dann verwirklichen können, wenn wir alle gesellschaftlichen Kräfte, vor allem die Sozialpartner, hierfür gewinnen. Entsprechend den Zielsetzungen der Römischen Verträge und der Einheitlichen Europäischen Akte brauchen wir einen europäischen Wirtschafts- und Sozialraum.«

**BUNDESKANZLER
HELMUT KOHL**

EUROPAS TRUMPF HEISST SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

Der europäische Binnenmarkt bietet die Chance, unsere erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft als Grundlage für das gesamte Wirtschaftsgefüge der Gemeinschaft zu nutzen. Diese Soziale Marktwirtschaft, die Ludwig Erhard und die CDU durchgesetzt haben, hat uns Deutschen Wohlstand und ein international vorbildliches soziales Sicherungssystem gebracht. Heute haben wir die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub und die höchsten Sozialleistungen.

Unser Rezept für Europa

Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Rezept für Europa und Europas Trumpf für mehr Wohlstand und Beschäftigung.



BINNENMARKT SICHERT SOZIALE LEISTUNGSFÄHIG- KEIT

Der Europäische Binnenmarkt sichert die soziale Leistungsfähigkeit. Dynamischer Wettbewerb wird dafür sorgen, daß die Vorteile des Binnenmarktes allen sozialen Schichten in Form höherer Realeinkommen zugute kommen. Mehreinnahmen der öffentlichen Haushalte tragen dazu bei, daß soziale Sicherungssysteme in den Mitgliedstaaten auch in Zukunft leistungsfähig bleiben. Der verstärkte Innovations- und Investitionswettbewerb wird die wirtschaftlichen und sozialen Chancen auch für die Zukunft sichern. Der Raum für soziale Entwicklung hängt wesentlich vom wirtschaftlichen Fortschritt ab. Umgekehrt können überzogene Sozialforderungen positive wirtschaftliche Entwicklungen verlangsamen. Es muß deshalb darum gehen,

- ★ vorrangig die wirtschaftlichen Möglichkeiten der schwächeren Mitgliedstaaten zur Entfaltung zu bringen und damit die Voraussetzungen für die soziale Entwicklung zu verbessern,
- ★ zum anderen die Wettbewerbsbedingungen mit Augenmaß anzugleichen.

Soziale Entwicklung fördern

Gerade Kostenvorteile der zurückliegenden Regionen schaffen die Voraussetzung dafür, daß Kapital in diese Regionen fließt, daß die Arbeitslosigkeit in

diesen Regionen abgebaut wird und daß die nötigen Anpassungen stattfinden können. So werden am besten die notwendigen Leistungssteigerungen bewirkt, die auch einer Verbesserung der sozialen Leistungssysteme dienen.

Der Verzicht auf übereilte Harmonisierung erlaubt Staaten mit hohem Sozialleistungsniveau, etwa der Bundesrepublik Deutschland, dieses Niveau beizubehalten. Das schließt nicht aus, daß unter sozialpolitischen Gesichtspunkten beispielsweise für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz und den Umweltschutz eine Harmonisierung angestrebt wird oder zusätzliche Vorkehrungen für die soziale Absicherung von Wanderarbeitnehmern getroffen werden.

Keine Abstriche am deutschen Standard

Auf vielen Feldern haben deutsche Lösungen heute schon Modellcharakter für die EG. Das mit der Einheitlichen Europäischen Akte eingeführte Instrument der Mindestvorschrift kann zur Verbesserung der Arbeitsumwelt in den Ländern genutzt werden, in denen das hohe deutsche Niveau noch nicht erreicht ist. **Unsere Arbeitsschutzvorschriften bleiben unangetastet und können weiter fortentwickelt werden. Auch beim deutschen Mitbestimmungsmodell, das sich über Jahrzehnte bewährt hat, wird es keine Abstriche geben.** Die Bundesregierung hat wiederholt erklärt, daß sie mit den Gewerkschaften in diesem Ziel übereinstimmt.

»Der Binnenmarkt darf auch nicht zum Vorwand für die Beseitigung wohlverworbener Rechte oder für den Ausstieg aus strengeren Schutzvorschriften werden. Er darf — um das bekannte Schlagwort zu gebrauchen — nicht zum 'Sozialdumping' führen.«

BUNDESKANZLER
HELMUT KOHL



»Es geht dabei nicht etwa darum, die Höchstnormen zu senken und die niedrigsten anzuheben, sondern es ist Sache derjenigen Länder, die die niedrigsten Normen haben, in den Aufzug nach oben zu steigen, und nicht etwa umgekehrt.«

JACQUES DELORS

Präsident der EG-Kommission



SOZIALMODELL BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Die CDU hat mit den großen Sozialge-setzen in den fünfziger und sechziger Jahren — leistungsbezogene, dynamische Rente, Krankenversicherung, Arbeitslosengeld, Familienlastenausgleich, Mitbestimmung — die Grundlage dafür gelegt, daß die Bundesrepublik Deutschland heute ein Sozialstaat mit weltweitem Modellcharakter ist.

SPD-Bilanz 1982

Als die CDU 1982 die Regierung übernahm, hatte die SPD von 1975 bis 1981 mit zwölf Gesetzen die **Sozialleistungen um insgesamt rund 94 Milliarden Mark beschnitten und zusätzlich die Beiträge der Arbeitnehmer um rund 38 Milliarden Mark erhöht**. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das vor der SPD-Bundestagsfraktion im Sommer 1982 selbst eingeräumt: »Wir haben also den Arbeitnehmer immer wieder zur Kasse gebeten.« (22. Juni) und: »Wer mehr tun will, muß in die Geld- und Sozialleistungen tiefer hineinschneiden.« (30. Juni)

1982 waren die **Rücklagen der Rentenversicherung verwirtschaftet**: Betrag deren Reserve 1972 noch 9,4 Monatsausgaben, waren 1982 nur noch 2,1 Monatsausgaben mit stark sinkender Tendenz vorhanden. Die Rentenversicherung stand vor der Zahlungsunfähigkeit.

Im **Gesundheitswesen** hat die SPD tatenlos zugesehen, wie die **Kosten explodierten**: 1960 gab die gesetzliche Krankenversicherung neun Milliarden Mark aus, 1970 schon 24 Milliarden Mark, 1980 waren es fast 86 Milliarden Mark. Zu der — schon damals absehbaren — dringend notwendigen Strukturreform fehlte der SPD die Kraft.

CDU: Soziale Politik für Familien und Arbeitnehmer

Die CDU hat seit 1982 die Sozialleistungen auf eine solide Grundlage gestellt; sie hat aber gleichzeitig der Sozialpolitik auch einen neuen Kurs gegeben.

Die wichtigsten Verbesserungen seit 1982 zugunsten der Familien, der Arbeitslosen und der Arbeitsförderung

- Wiedereinführung des Kindergeldes für arbeitslose Jugendliche und ihre Einbeziehung in den Schutz der Krankenversicherung,
- Einführung eines Kindergeldzuschlages für einkommensschwächere Familien,
- Erhöhung des Kinderfreibetrages bei der Einkommensteuer,
- Anerkennung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung,
- Verlängerung des Anspruchs auf Kurzarbeitergeld,
- Senkung der Wartezeiten in der Rentenversicherung von 15 auf fünf Jahre,
- Einführung von Erziehungsurlaub und Erziehungsgeld für Mütter und Väter,
- Anhebung der Sozialhilfeleistungen um acht Prozent sowie strukturelle Verbesserungen,
- verstärkte Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.



UMBAU DES SOZIALSTAATES

Wir geben heute über 650 Milliarden Mark für Sozialleistungen aus. Im Vergleich: 1960 betrug das Sozialbudget 69 Milliarden Mark. 1950 wurde nur jede

sechste in der Bundesrepublik Deutschland verdiente Mark für Soziales abgezweigt, heute jede dritte.

Wachstumsgrenzen erreicht

Schon diese Zahl zeigt, daß das Wachstum des Sozialhaushaltes seine Grenzen erreicht. **Wir brauchen einen Umbau des Sozialstaates.** Mit den großen Sozialgesetzen hat die CDU in den fünfziger und sechziger Jahren die alten sozialen Fragen weitgehend gelöst; aber wir stehen heute vor neuen sozialen Fragen:

★ Da ist zunächst der demographische Aufbau unserer Gesellschaft. Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Jahr für Jahr ein Geburtendefizit. Gleichzeitig werden viele Mitbürger immer älter.

★ Die Kosten des Gesundheitswesens sind inzwischen auf 130 Milliarden Mark explodiert.

★ Bereits heute sind rund zwei Millionen Menschen pflegebedürftig und benötigen nicht nur vorübergehende Hilfe und Betreuung. 95 Prozent dieser zumeist älteren Menschen werden in den Familien gepflegt. Vor allem die pflegenden Frauen haben dadurch oft schwerwiegende Nachteile in ihrer Rentenbiographie, wenn sie wegen der Pflege auf eine Erwerbstätigkeit verzichten. **Die Gesundheits- und die Rentenreform dieser Legislaturperiode zeigen, was wir unter Umbau des Sozialstaates verstehen:**

Kindererziehungszeiten

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Arbeit wird auch in der Familie geleistet. Die Einführung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung ist die Anerkennung dieses neuen Arbeitsbegriffs. Eine »stille Revolution« hat es Norbert Blüm mit Recht genannt.

1988 erhielten 3,5 Millionen Mütter Kindererziehungszeiten angerechnet — 2,3 Millionen Mütter der Jahrgänge vor 1921, 1,2 Millionen Mütter der Jahrgänge nach 1921; nächstes Jahr werden es bereits sechs Millionen Mütter sein. Und wir wollen auf diesem Weg weitergehen: zwei weitere Jahre für Kindererziehung, freilich gekoppelt an die Einführung des Erziehungsgeldes 1986.

Pflege

Erstmalig soll die Pflege von Angehörigen in der Rentenversicherung anerkannt werden. Und wer Familienangehörige pflegt, erhält erstmalig Unterstützung: Ab 1. Januar 1989 gibt es für die Pflegenden endlich einmal Urlaub, während der Schwerstpflegebedürftige daheim versorgt wird; und ab 1991 stehen für die Pflegenden weitere sechs Milliarden Mark jährlich zur Verfügung.

Gesundheitsreform

Wir haben eines der leistungsfähigsten Gesundheitssysteme der Welt. Jeder kann seinen behandelnden Arzt frei wählen. Gut Ausgebildete in den Gesundheitsberufen sowie zuverlässige Forschung und Technik garantieren einen hohen medizinischen Versorgungs-

Die wichtigsten Antworten auf Fragen zur Gesundheitsreform

Härteklauseel

Bei Zahnersatz, Bädern und Fahrtkosten sind die Zuzahlungen gestiegen. Was heißt dies für Bezieher kleiner Einkommen? — Sie sind davon überhaupt nicht betroffen. Dafür sorgt die Härteklauseel. Nehmen wir an, eine Rentnerin hat monatlich 1.260 Mark. Selbst wenn sie ständig zur Rheumabehandlung gefahren werden muß und ein neues Gebiß braucht, zahlt sie keinen Pfennig aus eigener Tasche. Auch bleibt zum Beispiel ein Ehepaar mit zwei Kindern bei einem Monateinkommen von 2.360 Mark brutto von Zuzahlungen befreit. Ebenso alle Empfänger von Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe oder BAFÖG-Leistungen.

Überforderungsklausel

Ein Alleinstehender zahlt bei einem Monateinkommen von 3.000 Mark maximal 60 Mark aus eigener Tasche zu. Familien werden aber noch einmal extra entlastet: Ehepaare mit zwei Kindern zahlen bei 3.000 Mark Monateinkommen nie mehr als 38 Mark zu, bei 4.000 Mark Monateinkommen höchstens 58 Mark.

Zahnbehandlung

Der normale Gang zum Zahnarzt bleibt ohne Zuzahlungen. Bei Zahnspangen müssen die Eltern jetzt 20 Prozent der Kosten vorübergehend selbst tragen; sie erhalten diesen Eigenanteil aber zurück, wenn die Behandlung planmäßig abgeschlossen ist. Damit soll verhindert werden, daß Klammern, die die Versichertengemeinschaft viel Geld kosten, gar nicht getragen werden.

Auch beim Zahnersatz wird die Eigenverantwortung gestärkt: Wer regelmäßig

zum Zahnarzt geht und später nur einen technisch einfachen Zahnersatz benötigt, muß nur 25 Prozent der Kosten tragen. Wer sich dagegen um die Pflege seiner Zähne nicht kümmert und aufwendigen Ersatz braucht, wird 50 Prozent, ab 1991 sogar 60 Prozent der Kosten selbst tragen müssen.

Neue Leistungen

Wer zuhause einen schwerstpflegebedürftigen Angehörigen betreut, kann jetzt einmal im Jahr Urlaub machen. Die Kosten für eine Ersatzkraft zahlt die Kasse. Und ab 1991 gibt es eine Pflegekraft für 25 Stunden monatlich oder ein Pflegegeld von 400 Mark. Außerdem wird mehr Geld für Früherkennungsprogramme ausgegeben, damit außer Krebs auch Kreislauferkrankungen, Nierenerkrankungen und Diabetes rechtzeitig erkannt werden können.

Festbeträge

Für Arzneimittel werden ab Juli 1989 Festpreise eingeführt, die so bestimmt werden, daß eine in der Qualität gesicherte, aber auch wirtschaftliche Therapie gewährleistet ist. Bei Arzneimitteln, die innerhalb der Festbeträge liegen, fällt die jetzt zunächst von zwei auf drei Mark gestiegene Verordnungsgebühr weg.

Krankenhausaufenthalt

Die nur für die ersten 14 Tage Krankenhausaufenthalt fällige Zuzahlung wird von fünf Mark auf zehn Mark täglich angehoben — allerdings erst ab 1991.

standard. **Dieses freiheitliche Gesundheitssystem sichern wir mit der Gesundheitsreform zu wirtschaftlich zumutbaren Bedingungen für Versicherte und Leistungsanbieter.**

Die Leistungen der Krankenversicherung werden auf das Notwendige konzentriert; das gesamte Gesundheitswesen soll stärker an den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit und des Wettbewerbs orientiert werden. Den Versicherten kommen die dadurch möglichen Einsparungen voll zugute: durch die Stabilisierung der Beiträge, durch eine verbesserte Vorsorge und durch gezielte Unterstützung derjenigen, die zu Hause Schwerpflegebedürftigen helfen.

Die Gesundheitsreform war notwendig, um die Kostenexplosion zu stoppen. 1960 gab die Krankenversicherung neun Milliarden Mark aus, zehn Jahre später waren es 24 Milliarden Mark; heute sind es bereits 125 Milliarden Mark. Während die Löhne in der gleichen Zeit um das Fünffache stiegen, wuchsen die Ausgaben der Krankenversicherung um das Vierzehnfache. Um die Lohnkosten in den Griff zu bekommen und damit Arbeitsplätze zu sichern und den Arbeitslosen zu helfen, ist es notwendig zu sparen, allerdings ohne die gesundheitliche Sicherung der Bevölkerung aufs Spiel zu setzen.

Dies ist der Bundesregierung gelungen. Auch nach dem 1. Januar 1989 steht die Krankenversicherung den Kranken wie bisher zur Seite. **Wer Hilfe braucht, wird Hilfe bekommen. Die Kranken genießen weiterhin einen vollwertigen Versicherungsschutz.**

Rentenreform

Die CDU war immer ein Garant für sichere Renten. Mit der großen Rentenreform 1957 haben wir die Grundlage dafür geschaffen, daß es den Rentnern heute besser geht als jeder Rentnergeneration zuvor. Diejenigen, die unser Land aus Trümmern aufgebaut haben und heute in Rente gehen, haben einen Anspruch auf einen Lebensabend in materieller Sicherheit; sie können sich darauf verlassen: ihre Rente kommt pünktlich jeden Monat und steigt ab Juli 1989 um 3,1 Prozent.

Zu den zentralen Herausforderungen gehört der Umbruch im Altersaufbau der Bevölkerung: Seit 1972 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland Jahr für Jahr ein Geburtendefizit. Während heute auf je 100 Beitragszahler 49 Rentner kommen, werden es im Jahr 2000 schon 62 sein. Ab dem Jahr 2030 wird es mehr Rentner geben als aktive Verdiener. Das bedeutet: Unser Rentensystem muß jetzt reformiert werden, um der unausweichlichen und voraussehbaren Belastung durch den Umbruch im Altersaufbau standhalten zu können. Bewährtes bewahren heißt: **Die Rente bleibt leistungsbezogen; sie wird kein Geschenk des Staates sein, sondern Alterslohn für Lebensleistung.** Und alle müssen ihren Beitrag dazu leisten: Steuerzahler, Beitragszahler, aber auch die Rentner selbst.

Die CDU war und ist der erfolgreiche Architekt des Sozialmodells Bundesrepublik Deutschland. Was sie in der Bundesrepublik Deutschland geschaffen hat, empfiehlt sie auch für Europa.



HILFEN AUS DEM EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Zu den wichtigen Zielen der Gründungsverträge der EG gehören die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen sowie die Freizügigkeit und soziale Absicherung der Wanderarbeitnehmer. Zur Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte, ihrer beruflichen Verwendung und ihrer Mobilität wurde der Europäische Sozialfonds geschaffen.

Im Jahr 1987 standen rund 6,4 Milliarden Mark für Beihilfen zur Verfügung. Etwa 80 Prozent der verfügbaren Mittel wurden für Maßnahmen der beruflichen Bildung vergeben, 15 Prozent für Lohnbeihilfen und fast fünf Prozent für die Integration von ausländischen Arbeitnehmern. Besonders berücksichtigt wurden dabei Jugendliche unter 25 Jahren, und zwar mit fast 4,8 Milliarden Mark, das sind rund 75 Prozent der Gesamtmittel.

Die Bundesrepublik Deutschland erhielt für 274 Projekte mehr als 327 Millionen Mark. Davon wurden 222 Millionen Mark für überregionale Projekte bestimmt, der Rest verteilte sich auf

(Millionen Mark)

Nordrhein-Westfalen	27,9
Berlin	17,3
Saarland	15,9
Bremen	14,9
Hessen	10,1
Baden-Württemberg	7,6

Bayern	5,0
Rheinland-Pfalz	2,9
Niedersachsen	1,9
Schleswig-Holstein	1,2
Hamburg	0,5

Beispiele für regionale Projekte in der Bundesrepublik Deutschland

● **Baden-Württemberg:** Der baden-württembergische Hotel- und Gaststättenverband erhielt für die berufliche Bildung und Berufsberatung von Jugendlichen unter 25 Jahren mehr als 173.000 Mark. Für ein ähnliches Projekt im Rhein-Neckar-Kreis gingen 38.410 Mark an die Initiative Jugendwerkstatt in Weinheim an der Bergstraße.

● **Hamburg:** Hier wurden die berufliche Bildung und die Beschäftigung von Frauen mit einem Zuschuß von 149.000 Mark gefördert. Ein weiterer Empfänger war die Arbeitslosenselbsthilfe Wandsbek mit 369.495 Mark Zuschuß.

● **Schleswig-Holstein:** Der Kreisverband Ostholstein der Arbeiterwohlfahrt erhielt für seine örtlichen Beschäftigungsinitiativen insgesamt 92.580 Mark und der Gemeinde-Unfallversicherungsverband Schleswig-Holstein für die von ihm durchgeführte Berufsberatung für Jugendliche in Lübeck 7.540 Mark. Dem Jugendhilfverein Ostholstein flossen als Einstellungsbeihilfen oder Lohnkostenzuschüsse für Jugendliche in der betroffenen Region 2.978 Mark zu.

● **Niedersachsen:** Die Kreisvolkshochschule Schaumburg bekam für

zwei Maßnahmen der beruflichen Bildung von Jugendlichen insgesamt 162.328 Mark, die Landesversicherungsanstalt Hannover für berufliche Qualifizierungsmaßnahmen Behinderter im Kreis Leer 473.659 Mark.

● **Bremen:** Hier führte das Arbeiter-Bildungs-Zentrum der Arbeitskammer mit 1,8 Millionen Mark Fortbildungsmaßnahmen für Jugendliche auf dem Gebiet »Innovationen« durch. Der Bund Deutscher Pfadfinder startete Beschäftigungsinitiativen für Jugendliche unter 25 Jahren und erhielt dafür 95.487 Mark. Für Berufsberatung und berufliche Wiedereingliederung Behinderter erhielt die Arbeiterwohlfahrt Bremerhaven 51.160 Mark.

● **Nordrhein-Westfalen:** Hier förderte der EG-Sozialfonds eine Reihe von Programmen für jugendliche Arbeitslose; so wurden unter anderem die Jugendberufshilfe Essen mit 287.625 Mark, die Alanus-Gesellschaft im Rhein-Sieg-Kreis mit 106.564 Mark, das Diakonische Werk-Innere Mission in Minden-Lübbecke mit 178.710 Mark und die Gesellschaft Freie Sozialarbeit in Bochum mit 57.358 Mark unterstützt. In Duisburg erhielt der Verein Jugendberufshilfe für die Arbeitsplatzbeschaffung Jugendlicher 762.440 Mark von der EG.

● **Hessen:** Der in Hessen tätige Verein zur beruflichen Förderung von Frauen bekam zur Finanzierung seiner Eingliederungsmaßnahmen für Wanderarbeitnehmerinnen 58.140 Mark. Der Werkhof Verein zur Förderung der Selbsthilfe in Darmstadt erhielt für berufliche Bildungsmaßnahmen zugunsten Jugendlicher 399.041

Mark und die Wiesbadener Jugendwerkstatt für den gleichen Zweck 300.689 Mark.

● **Rheinland-Pfalz:** Der Landesversicherungsanstalt Rheinland-Pfalz wurden von der EG für zwei Projekte zur beruflichen Wiedereingliederung Behinderter insgesamt über 860.000 Mark zur Verfügung gestellt. Die Handwerkskammer Koblenz erhielt für berufliche Bildungsmaßnahmen zugunsten jugendlicher Arbeitsloser, vor allem Langzeitarbeitsloser, mehr als 130.000 Mark aus dem EG-Sozialfonds.

● **Bayern:** Für Berufsbildungsmaßnahmen in Bayern stellte die EG der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Amberg 16.773 Mark und dem Diakonischen Werk Augsburg 123.062 Mark zur Verfügung; der Werkhof München erhielt hierfür 3.088.842 Mark.

● **Saarland:** Dem Evangelischen Jugendwerk an der Saar flossen an Einstellungsbeihilfen und Lohnkostenzuschüssen für behinderte Jugendliche 5.252 Mark zu. Das Ausbildungszentrum Burbach im Saarland wurde in seiner Arbeit mit insgesamt 1.428.873 Mark unterstützt.

● **Berlin:** Auch Berlin ist in den Förderkatalog des Europäischen Sozialfonds einbezogen. So bekam die Allgemeine Jugendberatung einen Zuschuß von 320.388 Mark. Die Jugendwerkstatt Neukölln wurde mit 69.121 Mark für ihre Berufsbildungsmaßnahmen gefördert, und das Bezirksamt Zehlendorf konnte bei seiner beruflichen Ausbildung und Berufsberatung Jugendlicher auf 2.990.875 Mark EG-Gelder zurückgreifen.

STÄRKUNG DES WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN ZUSAMMENHALTS IN DER GEMEINSCHAFT

»Ein funktionierender Binnenmarkt ist nur dann zu erreichen, wenn auch die strukturell rückständigen Regionen in ihrer Wettbewerbsfähigkeit gestärkt und das Wohlstandsgefälle zwischen den einzelnen

Mitgliedsstaaten verringert wird.«

BUNDESKANZLER
HELMUT KOHL

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft gibt es ein Wohlstandsgefälle. So betrug das Einkommen je Einwohner 1987 in der Bundesrepublik Deutschland 32.940 Mark; in Großbritannien waren es 30.230 Mark, in Spanien 21.460 Mark, in Irland 18.460 Mark, in Griechenland 15.690 Mark und in Portugal 15.520 Mark.

Die Einheitliche Europäische Akte enthält die Verpflichtung, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft zu stärken. Die Startbedingungen der einzelnen Mitgliedstaaten sind unterschiedlich. Die Einheitliche Europäische Akte verpflichtet daher die Mitgliedstaaten auch zu erhöhten finanziellen Hilfen für die ärmeren Gemeinschaftsregionen. Den schwächeren Mitgliedstaaten soll die Anpassung ihrer

Wirtschaftsstrukturen an den gemeinsamen Markt erleichtert werden, damit sich die Vorteile der Integration auf alle Regionen verteilen. Mit dieser Flankierung ist das Binnenmarktziel für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen attraktiv.

Europäischer Regionalfonds

Die Gemeinschaft soll allen Regionen zugute kommen, sie soll den Abstand zwischen den Regionen verringern. Mit der Errichtung des Europäischen Regionalfonds wurde ein wirkungsvoller Beitrag zum Abbau regionaler Unterschiede geleistet und die Wirtschaftsentwicklung in den benachteiligten Gebieten unterstützt.

Europa stärkt den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Gemeinschaft: Die Mittel für Strukturpolitik und für die ärmeren Regionen werden bis 1993 auf insgesamt 64 Milliarden Mark verdoppelt, und die wirtschaftlich am meisten zurückgebliebenen Gebiete werden besonders begünstigt. In erster Linie sollen damit folgende Ziele erreicht werden:

- ★ Aufholung des Entwicklungsrückstandes bestimmter Regionen;
 - ★ Hilfe zur Umstellung für im Umbruch befindliche Industrieregionen, städtische Ballungszentren und Grenzregionen;
 - ★ Kampf gegen die Langzeitarbeitslosigkeit, Eingliederung der jugendlichen Arbeitslosen in das Erwerbsleben;
 - ★ Anpassung der Agrarstrukturen und Entwicklung der ländlichen Gebiete.
- Der 1975 geschaffene Europäische Fonds für regionale Entwicklung hat bisher bereits rund 37 Milliarden Mark Zu-

schüsse für insgesamt 33.500 Projekte vergeben. Im Schnitt sind damit in der Europäischen Gemeinschaft rund 63.000 Arbeitsplätze jährlich, also insgesamt fast 820.000 Arbeitsplätze geschaffen oder erhalten worden.



EUROPÄISCHE SOZIALCHARTA

Nach der Europäischen Menschenrechtskonvention ist die Europäische Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 die bedeutsamste Konvention des Europa-

rates. Durch die Verbriefung von Sozialrechten ergänzt sie die Menschenrechtskonvention.

Die Vertragsstaaten haben sich verpflichtet, mindestens fünf der folgenden sieben Artikel für sich als bindend anzusehen:

Verbriefte Sozialrechte

1. Recht auf Arbeit,
2. Vereinigungsrecht,
3. Recht auf Kollektivverhandlungen (einschließlich des Streikrechts),
4. Recht auf soziale Sicherheit,

Hilfen aus dem Europäischen Regionalfonds für die Bundesrepublik Deutschland:

Unter der deutschen EG-Ratspräsidentschaft wurde im Februar 1988 das Gemeinschaftsprogramm RESIDER des EG-Regionalfonds verabschiedet. Damit werden den von tiefgreifenden Anpassungsprozessen betroffenen **Eisen- und Stahlrevieren** von 1988 bis 1990 rund 620 Millionen Mark aus den Regionalfonds zur Verfügung gestellt. Das kommt auch dem Ruhrgebiet und dem Saarland zugute.

In die deutsche Wirtschaft flossen seit Bestehen des Regionalfonds (1975) rund 1,7 Milliarden Mark, die mehr als 2.700 Betrieben zugute kamen. Der Hauptanteil der Mittel (über 900 Millionen Mark) ging in die Industrie,

während 700 Millionen Mark zur Verbesserung der Infrastruktur eingesetzt wurden.

Auf die einzelnen Bundesländer entfielen:

	(Millionen Mark)
● Bayern	366,8
● Niedersachsen	348,7
● Schleswig-Holstein	202,9
● Saarland	197,8
● Nordrhein-Westfalen	161,5
● Hessen	110,6
● Berlin	108,2
● Rheinland-Pfalz	103,2
● Baden-Württemberg	48,8
● Bremen	19,9

Schließlich vergibt die Europäische Investitionsbank in Luxemburg günstige Kredite für regionale Entwicklungsprogramme. Von den bisher vergebenen 46 Milliarden Mark sind 2,6 Milliarden Mark in die Bundesrepublik Deutschland geflossen.

5. Recht auf Fürsorge,

6. Recht der Familie auf sozialen, gesetzlichen und wirtschaftlichen Schutz und

7. Recht der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familien auf Schutz und Beistand.

Diese sieben Artikel bilden den Kern der Konvention. Über diese Schwerpunkte hinaus müssen die Vertragsstaaten zusätzlich einen Teil der weiteren Vertragsziele für sich als bindend anerkennen. Unter anderem werden gefordert:

★ gerechte, sichere und gesunde Arbeitsbedingungen,

★ gerechtes Arbeitsentgelt,

★ die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Arbeitnehmerinnen auf Schutz,

★ die Rechte auf Berufsberatung und berufliche Ausbildung,

★ Schutz der Gesundheit, soziale Sicherheit, Fürsorge, Inanspruchnahme sozialer Dienste,

★ das Recht der körperlich, geistig oder seelisch Behinderten auf berufliche Ausbildung sowie auf berufliche und soziale Eingliederung,

★ das Recht auf Ausübung einer Erwerbstätigkeit im Hoheitsgebiet der anderen Vertragsparteien.

Die CDU wird nachdrücklich für die europaweite Durchsetzung grundlegender wirtschaftlicher und sozialer Rechte eintreten, insbesondere die Koalitionsfreiheit, die Tarifautonomie, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Chancengleichheit für In- und Ausländer.



6.

**SPD: FALSCHES
KONZEPT FÜR
DEUTSCHLAND
— FALSCHES
KONZEPT FÜR
EUROPA**

Wenn wir die Zukunftschancen des europäischen Binnenmarktes nutzen und Europa voranbringen wollen, brauchen wir in der Bundesrepublik Deutschland die richtige Politik. Wir müssen in Deutschland stark sein, damit wir auch in Europa stark sein können. Die CDU will ein Europa, das die Wachstumskräfte des Binnenmarktes für mehr Wohlstand und Beschäftigung nutzt.

Die SPD ist die Partei der Wachstumsbremsen und der wirtschaftspolitischen Inkompetenz. Alles, was Europa braucht, fehlt der SPD. Sie hat kein Zukunftsprogramm für Deutschland und auch kein Zukunftsprogramm für Europa.

Die Erblast der SPD

1982 hat die SPD uns die größte Wirtschafts- und Finanzkrise seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hinterlassen. Die CDU mußte den Karren aus dem Dreck ziehen. Und während die CDU die Last der notwendigen Reformen trägt, steht die SPD abseits, gibt völlig untaugliche Ratschläge, macht alles mies und sagt zu allem Nein:

SPD: die Neinsager

- Die SPD hat die große Steuerreform abgelehnt, gleichzeitig aber allein in den letzten drei Jahren insgesamt 44 Steuererhöhungen vorgeschlagen.

- Die SPD ist gegen die Gesundheitsreform Sturm gelaufen und hat mit falschen Behauptungen alte und kranke Menschen in Angst und Schrecken versetzt.

- Die SPD lehnt die Postreform ab, die

lebenswichtig für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit ist.

SPD: die Inkompetenz

Die Liste der konjunkturpolitischen Irrtümer der SPD ist lang. Nur ein Beispiel: 1987 sprach der SPD-Vorsitzende Vogel von einem »akuten Rezessionsrisiko«. Tatsache ist: 1988 wuchs unsere Wirtschaft um 3,4 Prozent. — **Wirtschaftspolitische Inkompetenz, Angstmache und Schwarzmalerei der SPD sind das falsche Konzept für Deutschland; sie sind auch das falsche Konzept für Europa.**

SPD: die Bürokraten

Die CDU will ein Europa, in dem Bürokratie abgebaut wird. Die SPD ist die Partei der Wirtschaftsgängelung, der staatlichen Planung und Investitionslenkung. Im Entwurf für ein neues Grundgesetzprogramm der SPD heißt es zum Beispiel: »Entscheidungen ... über Felder des Wachstums sind ... Aufgabe der Politik.« Und: »Das kann zu staatlichen Entwicklungsplänen führen, die für Regionen, Länder oder den Gesamtstaat gelten.«

»Die Partei muß klar sagen, ob sie auf die traditionelle Staatshuberei setzt oder aber ein aufgeklärtes marktwirtschaftliches System favorisiert.«

WOLFGANG ROTH

wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD, Wirtschaftswoche, 6. Januar

1989

SPD: technikfeindlich

Die CDU will ein Europa, das die Chancen des technischen Fortschritts nutzt. Die SPD will technischen Fortschritt nur noch nach Plan. Beispielsweise verlangte Erhard Eppler auf dem SPD-Programmforum »Die Zukunft des Fortschritts« im September 1988 die bewußte politische Steuerung technischer Innovationen. Die SPD-Bundestagsfraktion forderte »Modelle für die Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen ... an der Formulierung, Auswahl und Durchführung von Technologieprogrammen, um Prioritätensetzungen ... gesellschaftlicher Einflußnahme zu öffnen.« (Antrag der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie, 8. November 1988)

»Das Profil der SPD ist in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch zu einseitig durch ihre großen technologiepolitischen Neins bestimmt.«

DIETER SPÖRI

Fraktionsvorsitzender der SPD im baden-württembergischen Landtag, Die Welt, 11. August 1987

SPD: die Verweigerer

Technikfeindlichkeit und Zukunftsblockade der SPD sind das falsche Konzept für Deutschland; sie sind auch das falsche Konzept für Europa. Die Sozialdemokraten zeigen auch heute, daß sie keine wirklichen Europäer sind. Sie knüpfen damit

nahtlos an die Tradition der fünfziger Jahre an, in denen sie sich der Mitarbeit am Aufbau Europas verweigerten:

- ★ Die SPD sagte Nein zum Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in den Europarat.
- ★ Die SPD lehnte im Deutschen Bundestag die Montanunion ab.
- ★ Die SPD lehnte die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) ab.
- ★ Die SPD lehnte den Beitritt zur Westeuropäischen Union (WEU) ab.

KAS-ACDP

7.

**FORSCHUNGS-
UND
TECHNOLOGIE-
GEMEINSCHAFT
EUROPA — WIR
DEUTSCHEN
SIND GUT
GERÜSTET**

TECHNOLOGISCHER LEISTUNGSSTAND, INNOVATIONS- KRAFT UND WIRTSCHAFTLICHE WETTBEWERBS- FÄHIGKEIT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

In keinem anderen großen Industrieland hängen so viele Arbeitsplätze von der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ab wie in der Bundesrepublik Deutschland; bei uns ist es jeder dritte Arbeitsplatz, in Japan nur jeder fünfte und in den USA weniger als jeder zehnte. Als »Hochlohnland« müssen wir technologisch erstklassig bleiben, dürfen nicht zweit- oder drittklassig werden.

Unsere Chancen liegen im Export

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zu einer Forschungs- und Technologiegemeinschaft ausbauen, denn nur gemeinsam kann Europa technologisch Spitze bleiben und damit seine Exportmärkte und seinen Wohlstand sichern. Unser Land ist arm an Rohstoffen, aber reich an Erfindungskraft, Leistungsbereitschaft und beruflichen Fähigkeiten seiner Bürger. Unsere wirtschaftlichen Chancen liegen daher im Export hochwertiger Produkte und Dienstleistungen. Spitzenleistungen in der Forschung und bei der Herstellung und Nutzung moderner Technologien werden immer

wichtiger für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und internationale Wettbewerbsfähigkeit.



ERFOLGE DURCH FORSCHUNG UND INNOVATION

Mit rund drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, liegt die Bundesrepublik Deutschland in der Spitzengruppe der großen Industrieländer, zusammen mit den USA und Japan. **Unser Land ist damit für die europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft gut gerüstet.** 1970 lag der Anteil noch bei etwa zwei Prozent. Zum Vergleich: In Frankreich lag der Anteil 1987 bei 2,4 Prozent.

Unternehmerische Eigeninitiativen

Die starke Zunahme der Forschungsanstrengungen in der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem ein Ergebnis **der gestärkten Eigeninitiative der Unternehmen.** Die Wirtschaft hat ihre Forschungsmittel von 1981 bis 1987 um 57 Prozent gesteigert, während die Mittel des Bundes um 33 Prozent und die der Länder um 19 Prozent wuchsen. Das relative Zurückbleiben des staatlichen Anteils gegenüber dem Anteil der Wirtschaft ist angesichts des Gewichts und der Dynamik der marktorientierten Forschung und Entwicklung erwünscht. Es entspricht dem Trend in vergleichbaren Industrieländern und ist auch von der Sache her begründet: **In einer**

marktwirtschaftlichen Ordnung gehören Forschung und Entwicklung zum ureigenen Verantwortungsbereich der Unternehmen. Aufgabe des Staates ist es, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Öffentliche Mittel für Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft werden daher grundsätzlich nur dort eingesetzt, wo eigene staatliche Verantwortung liegt und wo aus übergeordneten gesellschaftlichen oder gesamtwirtschaftlichen Gründen Forschung und Entwicklung unterstützt werden müssen.

Exportland Nr. 1

Die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die verstärkten Forschungsanstrengungen haben dazu beigetragen, daß die Bundesrepublik Deutschland 1987 erneut weltweit das Exportland Nummer eins war. Ausschlaggebend dafür ist der Wettbewerbsvorsprung der deutschen Wirtschaft bei besonders forschungs- und technologie-intensiven Produkten. Deren Anteil an den Exporten der Bundesrepublik Deutschland beträgt rund 54 Prozent, wobei jedoch nur etwa elf Prozent einer Hochtechnologie im engeren Sinn und 43 Prozent den sogenannten gehobenen Technologien zuzuordnen sind. Den Hochtechnologien werden solche Güter zugerechnet, bei denen der Forschungs- und Entwicklungsaufwand mehr als acht Prozent des Umsatzes beträgt; den gehobenen Technologien solche, bei denen dieser Aufwand über dem Durchschnitt des produzierenden Gewerbes — derzeit etwa drei Prozent — liegt.

Deutsche Stärken auf dem Weltmarkt

Die besondere Stärke der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt liegt in der Breite ihrer Angebotspalette, die von kaum einem anderen Land erreicht wird, nicht so sehr dagegen in einer Konzentration auf einzelne Spitzentechnologien. 1986 exportierten deutsche Unternehmen in die USA mehr als viermal soviel Waren gehobener Technologien, die in besonderem Maße die Integration von perfekt beherrschter traditioneller und von neu entwickelter Hochtechnologie erfordern, als von dort in die Bundesrepublik Deutschland importiert wurden. Die Bundesrepublik Deutschland setzt also nicht ausschließlich auf »High-tech«, sondern auf »Combi-tech« oder »Systemtech«.

Die Wettbewerbsvorteile der deutschen Industrie gegenüber den USA waren am größten beim Fahrzeug- und Maschinenbau, in der Feinmechanik, der Optik und der Metallverarbeitung. Die USA dominieren bei Spalt- und Brutstoffen, Datenverarbeitungsgeräten und Büromaschinen sowie in der Luft- und Raumfahrt. Im Handel mit Japan ergeben sich positive Schwerpunkte bei der chemischen Industrie; defizitär verlief der Handel bei Datenverarbeitungsgeräten und Büromaschinen, in der Elektrotechnik, der Feinmechanik und Optik, der Metallverarbeitung und dem Fahrzeugbau.

Patente

Diese beiden Befunde — die Stärke der Bundesrepublik Deutschland in Europa

Unser Rang im weltweiten Wettbewerb

★ Die Bundesrepublik Deutschland ist heute das dritte Technologieland hinter den USA und Japan. In der Wissenschaft nimmt sie hinter den USA, Japan und Großbritannien Rang vier ein.

★ Sie liegt bei den forschungsintensiven Gütern vor den anderen europäischen Ländern und ist das einzige Land in Europa, das in allen Hochtechnologiebereichen eine positive oder ausgeglichene Handelsbilanz aufweisen kann.

★ Sie hat gegenüber Japan Vorteile in der Ausgewogenheit und Breite ihres technologischen Profils (»Combi-tech«-Profil) und ihrer wissenschaftlichen Schwerpunkte.

und die Breite ihres technischen Wissensstandes — werden auch durch eine Analyse der seit 1975 in den USA, dem größten Patent- wie Gütermarkt, erteilten Patente bestätigt:

● Insgesamt hält die **Bundesrepublik Deutschland** deutlich **mehr Patente als Großbritannien und Frankreich zusammen**, und zwar mit steigender Tendenz. Sie führt im Vergleich der technischen Gebiete bis auf Pharmazie stets vor Großbritannien und — bis auf Kommunikationstechnologien — vor Frankreich.

● Wie in den Handelsstatistiken, zeigt die Bundesrepublik Deutschland auch bei den Patenten eher eine große Breite als eine hohe Präsenz in einem Fachgebiet.



DIE HERAUSFORDERUNGEN DER NEUNZIGER JAHRE

Im Jahr 2000 wird die Bundesrepublik Deutschland nur dann eine technologische Spitzenposition einnehmen, wenn sie gemeinsam mit ihren Partnern in der EG die Herausforderungen der neunziger Jahre meistert. Diese Herausforderungen sind gewaltig.

Die wissenschaftlich-technische Herausforderung

Wettbewerbsfaktor Technologie

Der Anteil moderner Technologien in Produkten und bei Verfahren ist zu einem entscheidenden Wettbewerbsfaktor geworden. Das kann man zum Beispiel an den Autos erkennen, die technisch immer »intelligenter« werden. Bestimmte Technologien, wie zum Beispiel die Mikroelektronik und die Biotechnologie, haben in der Anwendung eine außerordentliche Breitenwirkung und erlangen dadurch eine steigende gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Beispielsweise wird die **Informationsindustrie** schon 1990 ihren Umsatz auf etwa 500 Milliarden Mark weltweit verdoppelt haben und damit die Größenordnung der Automobilindustrie erreichen. Experten schätzen zudem, daß die Telekommunikation einschließlich der sogenannten Mehrwertdienste, das sind elektronische Serviceleistungen, bis zum Jahr 2000 einen Anteil von sieben bis acht Prozent des Bruttosozialprodukts ausmachen wird. Bis zum Jahr 2000 sol-

len auch mehr als 60 Prozent der Arbeitsplätze von den neuen Informationstechnologien beeinflusst sein.

Rasante technologische Entwicklung

Die technologische Entwicklung hat sich stark beschleunigt. Die Produktzyklen — gemeint ist der Zeitraum von der Einführung eines Produkts bis zu seiner Überalterung — sind oft sehr kurz; die Unternehmen sind gezwungen, einen immer größeren Teil ihres Umsatzes mit jungen Produkten zu erwirtschaften.

Steigender Ressourcenbedarf

Der Ressourcenbedarf für Forschung, Entwicklung und Anwendung neuer Technologien nimmt zu. In den Schlüsseltechnologien sind »kritische Massen« von Forschern, Forschergruppen und sachlichen Voraussetzungen erforderlich, die jenseits der Möglichkeiten einzelner nationaler Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie kleinerer Volkswirtschaften liegen und deshalb die **Zusammenarbeit über die Grenzen hinweg sinnvoll und notwendig** erscheinen lassen.

Die amerikanisch-japanische Herausforderung

Der internationale Wettbewerb nimmt zu. Das gilt insbesondere für die Konkurrenz mit den beiden anderen großen Wirtschaftszentren USA und Japan, aber auch für eine Reihe von Schwellenländern, etwa die vier »kleinen Tiger« Taiwan, Südkorea, Hongkong und Singapur.

Forschungsaufwand — im internationalen Vergleich

Ein internationaler Vergleich ergibt:

★ Die europäischen **Forschungsaufwendungen** liegen absolut gesehen hinter denen der USA und gemessen an ihrem Anteil am Bruttosozialprodukt sogar hinter denen der USA und Japans. Das Aufkommen in den USA beträgt das 1,75-fache des Gesamtaufkommens aller Länder der Europäischen Gemeinschaft.

★ Die **Forschungsdichte** (Forschungsmittel in Prozent des Bruttosozialprodukts) beträgt in der EG nur 1,9 Prozent gegenüber 2,8 Prozent in den USA und 2,6 Prozent in Japan. **Nur die Bundesrepublik Deutschland kann mit 2,8 Prozent weltweit mithalten.**

★ Sowohl in den USA als auch in Japan investiert die **Privatwirtschaft** mehr in die Forschung beziehungsweise führt mehr Forschungen durch, als dies in Europa der Fall ist.

★ Ebenso ist die **Zahl der Wissenschaftler und Ingenieure** (bezogen auf die Gesamtbeschäftigung) in den USA und Japan größer: Von 10.000 Beschäftigten waren 1984 in den USA 65 als Wissenschaftler und Ingenieure in Forschung und Entwicklung tätig, in Japan 62, in der Bundesrepublik Deutschland 49, in Frankreich 41 und in Großbritannien 34.

Schwachstellen im Außenhandel

Die Bundesrepublik Deutschland ist zwar der größte Exporteur der Welt, hat aber gewisse Schwachstellen gegenüber den USA und Japan im Außenhandel mit Hochtechnologiegütern, vor allem in der Mikroelektronik, Datenverarbeitung und Robotertechnik. Da diese Produkte in Zukunft einen wachsenden Anteil an

der Güterproduktion und am Außenhandel ausmachen werden, kommt es darauf an, die Wettbewerbsposition zu erhalten beziehungsweise verlorene Positionen so schnell wie möglich wieder zurückzugewinnen.

Europas Wettbewerbsfähigkeit sichern

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Europas gegenüber den USA und Japan — und damit die Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung — setzt voraus, daß vor allem die für technologische Spitzenleistungen wichtigen Kenntnisse und die menschliche Arbeitskraft in der notwendigen Qualität und der erforderlichen Menge rechtzeitig zur Verfügung stehen und auf europäischer Ebene wirksamer genutzt werden. Notwendig sind auch mehr anwendungsbezogene Forschung und die schnellere Umsetzung von Forschungsergebnissen in marktfähige Produkte.

Die wirtschaftlich-soziale Herausforderung

Neue Arbeitsplätze gibt es nur mit technischem Fortschritt. Die fortschreitende technologische Entwicklung sowie die Einführung von Mikroprozessoren, neuen Informations-, Kommunikations- und Umwelttechnologien bieten große Chancen für neue und zukunftssichere Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland und in unseren Partnerländern.

Technischer Fortschritt und Arbeitsplätze

Durch den technischen Fortschritt gehen zwar in einzelnen Wirtschaftszweigen

Arbeitsplätze verloren. Gleichzeitig aber entstehen in technologie-orientierten Produktionszweigen und bei modernen Dienstleistungen neue, zukunftssichere Arbeitsplätze. Die Verhinderung von technischem Fortschritt mag heute noch einen Arbeitsplatz erhalten; morgen können dadurch zehn andere verloren gehen.

Die Arbeitslosigkeit ist in den wenig forschungsintensiven Branchen höher als in den Branchen, die überdurchschnittlich hohe Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen tätigen:

- Die Dienstleistungsbereiche, die in den vergangenen Jahren den Einsatz moderner Büro- und Verwaltungstechniken überdurchschnittlich stark ausgeweitet haben, verzeichneten zwischen 1980 und 1985 auch überdurchschnittliche Beschäftigungsgewinne; die Zahl der Arbeitsplätze stieg dort um 128.000 (8,6 Prozent).

- Auch in den Branchen mit einem durchschnittlichen Anstieg des EDV-Einsatzes ist das Beschäftigungsniveau spürbar gestiegen, und zwar um 5,9 Prozent beziehungsweise 358.000 Arbeitsplätze.

- Arbeitsplatzverluste waren dagegen in den Dienstleistungsbranchen zu verzeichnen, die den Einsatz moderner Arbeitsmittel nur unterdurchschnittlich erhöht haben; hier gingen zwischen 1980 und 1985 rund 79.000 Arbeitsplätze (1,4 Prozent) verloren.

Die ökologische Herausforderung

Umweltverschmutzung macht nicht an Grenzen halt. Wasser und Luft sind international — ihr Schutz muß es auch

sein. Der Außenhandel führt zu einer starken internationalen Verbreitung technischer Produkte, so daß in der Umweltschutzpolitik die Länder Europas sich vor die gleichen Aufgaben gestellt sehen, so zum Beispiel die Durchsetzung schadstoffarmer Kraftfahrzeuge und umweltfreundlicher Energietechniken. Dabei kommt es darauf an, den Stand der Technik in Europa in gleicher Weise zu heben, damit die technologischen Voraussetzungen zur Einführung von wirksamen Umweltnormen und -standards überall vorhanden sind. **In der Umweltpolitik kann europäische Forschung und Entwicklung wesentlich dazu beitragen, die Lebensbedingungen zu verbessern.**

Die europapolitische Herausforderung

Dank der engen Abstimmung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich hat die Europapolitik 1985 mit dem Mailänder und dem Luxemburger Gipfel Fortschritte erzielt, die viele für nicht so schnell möglich gehalten hatten. **In Luxemburg wurde der EWG-Vertrag um ein eigenes Kapitel »Forschung und Technologische Entwicklung« erweitert.** Als Ziel der Gemeinschaft werden darin die Stärkung der wissenschaftlichen und technischen Grundlagen der europäischen Industrie und die Förderung ihrer internationalen Wettbewerbsfähigkeit ausdrücklich hergehoben.

Bündelung der technologischen Kräfte

Ein zusammenwachsendes Europa erleichtert die Bündelung der technologi-

schen Kräfte, durch die eine für erfolgreiche Forschung notwendige »kritische Masse« von Forschern, Forschergruppen und sachlichen Voraussetzungen erreicht werden kann. Es ermöglicht ferner durch die Vermeidung unnötiger Doppelarbeit Spareffekte und bietet das Potential für eine ausreichende Diversifizierung. Produkt- und Verfahrensinnovationen werden auf eine breitere Grundlage gestellt.

Ziel kann es aber nicht sein, die Forschungstätigkeit in Europa möglichst weitgehend auf Gemeinschaftsebene zu verlagern. Das sollte nur bei solchen Vorhaben geschehen, bei denen es im Vergleich zu nationalen und anderen internationalen Tätigkeiten zweckmäßiger, wirksamer oder nützlicher ist.

Kriterien für die Zusammenarbeit

Europäische Forschungszusammenarbeit sollte demnach gesucht werden

★ bei Forschungen und Entwicklungen sehr großen Umfangs, für die einzelne Länder allein nur schwer die erforderlichen Mittel und das erforderliche Personal aufbringen können, zum Beispiel bei der **Kernfusion**;

★ bei Forschungen und Entwicklungen, deren gemeinsame Durchführung trotz der bei jeder internationalen Zusammenarbeit entstehenden zusätzlichen Kosten für alle Beteiligten finanzielle Vorteile erwarten läßt, also beispielsweise in der **Informations- und Telekommunikationstechnologie**;

★ bei Forschungen und Entwicklungen, die wegen der Art der zu behandelnden gemeinsamen Probleme aufeinander abgestimmtes Arbeiten in der Breite, insbesondere in geographischen Großräumen erfordern, so zum Beispiel

Europäische Forschungseinrichtungen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland:

Welche Chancen die europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft uns Deutschen bietet, zeigt sich nicht zuletzt an den europäischen Forschungseinrichtungen, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben:

- Europäische Organisation für Astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO), Garching;
- Europäische Konferenz für Molekularbiologie (EMBC) und Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), Heidelberg;
- Gemeinsame Forschungsstelle der EG (GFS) in Karlsruhe;
- Europäischer Transschall-Windkanal (ETW), Köln.

in den Bereichen **Umwelt, Klimatologie, Sicherheit;**

★ bei Forschungen und Entwicklungen, die die Einheit des europäischen Marktes stärken beziehungsweise den wissenschaftlichen oder technischen Raum vereinigen können, so zum Beispiel durch die Angleichung von Normen und Standards.



EINDRUCKSVOLLE BILANZ DER DEUTSCHEN RATSPRÄSIDENT- SCHAFT

Mit der Ratstagung der Forschungsminister der EG-Staaten am 29. Juni 1988 in Luxemburg wurde ein für die europäische Forschungs- und Technologiepolitik erfolgreiches Halbjahr unter deutschem Vorsitz abgeschlossen.

Forschungsprogramm 1987—1991

Das 1987 beschlossene mehrjährige **EG-Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung** (1987—1991) mit neuen Mitteln von 11,2 Milliarden Mark wurde im ersten Halbjahr 1988 durch die Verabschiedung besonderer Programme ausgefüllt:

Informationstechnologie

Hervorzuheben ist vor allem das im April 1988 verabschiedete **Programm zur Förderung der Informationstechnologie** (ESPRIT II), mit dem die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Informationsverarbeitungssystemen gefördert wird. Deutsche Unternehmen und Forschungsinstitute dürften für Grundlagenforschung und angewandte Forschung sowie für technologische Entwicklungen allein aus diesem Programm jährlich 100 bis 130 Millionen Mark EG-Fördermittel erhalten.

Telekommunikation

Für ESPRIT II und RACE (ein **Programm auf dem Gebiet der Telekommunikation**) sollen rund fünf Milliarden Mark

Weitere unter deutscher EG-Präsidentschaft verabschiedete Programme:

★ **SCIENCE:** Programm zur Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen und Hochschulen sowie zur Förderung der Mobilität der Wissenschaftler durch grenzüberschreitende Vorhaben und Forschungsaufenthalte, mit einem Aufwand von rund 350 Millionen Mark für den Zeitraum 1988—1991.

★ **BCR/Chemische Analysen und Referenzmaterialien:** Mit EG-Mitteln von über 120 Millionen Mark soll insbesondere die einheitliche Anwendung von Normen und technischen Vorschriften erleichtert werden.

★ **DRIVE** fördert Technologie-Entwicklungen für die Erhöhung der Verkehrssicherheit, Verbesserungen der Umweltfreundlichkeit und der Effizienz des Straßenverkehrs mit einem Aufwand von über 120 Millionen Mark;

★ **DELTA:** In einem Zweijahreszeitraum sollen mit über 40 Millionen Mark die gemeinschaftlichen Rahmenbedingungen für die Nutzung der Informationstechnik und Telekommunikation für gemeinschaftsweite Systeme der Lerntechnik und des Fernlehrwesens untersucht und optimiert werden.

Forschungsmittel aus dem Haushalt der Europäischen Gemeinschaft verwendet werden. Eine europaweite Zusammenarbeit ist hier besonders wichtig: Auf der Grundlage gemeinsamer Technologie-Entwicklungen ist es oft leichter, einheitliche Normen und Standards für Systeme oder Produkte zu vereinbaren. Nur wenn es gelingt, zum Beispiel bei der Breitbandverkabelung, beim Mobilfunk, beim hochauflösenden Fernsehen oder beim digitalen Hörfunk europaweite Normen und Standards zu entwickeln, werden in Europa die Märkte geschaffen, die eine weltweit konkurrenzfähige Produktion in der Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglichen.

Energieforschung

Das **Programm »Kernfusion«** für die Jahre 1988 bis 1991. Allein aus dem Gemeinschaftshaushalt werden dafür jährlich etwa 400 Millionen Mark aufgewendet, um eine langfristig verfügbare neue Energiequelle zu erschließen. Die Mitgliedstaaten steuern in gegenseitiger Abstimmung nochmal etwa den doppelten Betrag bei. Die deutschen, mit der Gemeinschaft verbundenen Forschungseinrichtungen erhalten aus dem EG-Haushalt über 50 Millionen Mark jährlich.

Für **Energieforschung** sollen von 1987 bis 1991 rund 3,6 Milliarden Mark ausgegeben werden. Rund zwei Milliarden werden für die Kernfusionsforschung verwendet werden, rund 1,1 Milliarden Mark werden in die Forschung auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit fließen, und 420 Millionen Mark stehen für die nichtnukleare Energie und rationelle Energieverwendung zur Verfügung.

Technologische Grundlagenforschung

Das **Programm für Technologische Grundlagenforschung** (BRITE) in den Bereichen Lasertechnologie, Verbindungstechniken, Prüfmethode, neue Werkstoffe, rechnergestützte Fertigung und Membrantechnik wurde auf etwa 400 Millionen Mark aufgestockt. Bis 1992 dürften der deutschen Industrie und deutschen Forschungsinstituten aus diesem Programm einschließlich Anschlußprogramm jährlich rund 24 Millionen Mark zufließen. Für BRITE werden insgesamt rund zwei Milliarden Mark bereitgestellt.

Sechs Milliarden Mark aus der Gemeinschaftskasse

Diese Programme sehen allein sechs Milliarden Mark Ausgaben der Gemeinschaft vor und mobilisieren mit entsprechenden zusätzlichen Aufwendungen der Mitgliedstaaten ein Mehrfaches dieser Summe für die europäische Forschungs- und Technologiegemeinschaft.

EUROPÄISCHE WELTRAUMTECHNOLOGIE Sichert EUROPAS WETTBEWERBSFÄHIGKEIT AUF DEN WELTMÄRKTEN

Die Rolle Europas in der Raumfahrt wirkt sich wesentlich auf seinen wirtschaftlichen Rang, aber auch auf sein politisches Gewicht in der Welt von morgen aus. Die Raumfahrt hat Schlüsseltechnologien entwickelt, die uns überzeugende Fortschritte in der Weltraumforschung und ihrer zivilen Nutzung ermöglichen. **COLUMBUS, ARIANE 5 und HERMES** sind technologische Gemeinschaftsprojekte, die sowohl die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Technologie stärken als auch ihre Unabhängigkeit von den amerikanischen, sowjetischen und japanischen Konkurrenten sichern.



8.

ANHANG

KAS-ACDP

AUSGEWÄHLTE EUROPÄISCHE INSTITUTIONEN UND ORGANISATIONEN

Kommission der EG

Rue de la Loi 200
B-1049 Brüssel · Tel.: 00322/235 11 11

Europäisches Parlament

Generalsekretariat
Plateau du Kirchberg
Centre Européen · B. P. 1601
L-2929 Luxemburg
Tel.: 00352/43001

Ministerrat der EG

Rue de la Loi 170
B-1048 Brüssel
Tel.: 00322/7367900

Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft

B. P. 1406 · L-2920 Luxemburg
Tel.: 00352/43031

Europarat

Avenue de L'Europe
F-67006 Strasbourg-Cedex
Tel.: 0033/88 61 49 61

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

F-67006 Strasbourg-Cedex
Tel.: 0033/88 61 49 61

Europäischer Jugendrat

Rue du Cornet 120
B-1040 Brüssel
Tel.: 00322/5124145

Presse- und Informationsbüro der Kommission der EG

Zitelmannstraße 22
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/530090

Informationsbüro des Europäischen Parlaments

Bundeskanzlerplatz
Bonn-Center
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/223091

Rat der Gemeinden Europas

Deutsche Sektion
Kaiserswerther Straße 199 — 201
4000 Düsseldorf 30
Tel.: 0211/45871

Europa-Union Deutschland

Generalsekretariat
Bachstraße 32
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/7290030

Deutscher Rat der Europäischen Bewegung e. V.

Generalsekretariat
Bachstraße 32
5300 Bonn 1
Tel.: 0228/7290060



DER KALENDER ZEIGT — DIESMAL IST DIE BRIEFWAHL BESONDERS WICHTIG!

Schon kurz nach der Europawahl beginnen für viele die Sommerferien — und der Tag vor der Wahl ist ein Feiertag. Ein Kurzurlaub am Wochenende oder ein vorverlegter Ferienbeginn sind aber kein Grund, nicht an der Europawahl teilzunehmen! Da hilft die Briefwahl.

Achtung Ferien! Erst wählen, dann verreisen

Auch wer am Wahltag nicht an seinem Wohnort oder krank ist, hat keinen Grund, seine Stimme verfallen zu lassen.

So geht es:

Mit jeder Wahlbenachrichtigung erhalten die Wähler einen Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines und Übersendung der Briefwahlunterlagen. Der Antrag kann jedoch auch schon vor Eingang der Wahlbenachrichtigung gestellt werden.

Rechtzeitig abschicken:

Wahlbriefe müssen spätestens bis Sonntag, dem 18. Juni 18.00 Uhr, bei der zuständigen Stelle eingehen. Die am Wahltag beim jeweiligen Zustellpostamt vor Schluß der Wahlzeit eingegangenen Wahlbriefe werden dort abgeholt.

JUNI						
MO	DI	MI	DO	FR	SA	SO
			1	2	3	4
5	6	7	8	9	10	11
12	13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24	25

Die CDU ist stolz auf ihre Tradition als die deutsche Europapartei. Heute sehen wir christlichen Demokraten uns vor der historischen Verpflichtung, das europäische Einigungswerk zu vollenden und der Bundesrepublik Deutschland ihre wirtschaftliche und soziale Spitzenposition in Europa zu sichern. Deshalb kämpfen wir bei der Europawahl 1989 darum, die prägende politische Kraft für Europa zu bleiben.

JA, ich möchte mehr Europa- Informationen der CDU.

Bitte schicken Sie mir:

- Broschüre:
Deutschlands Zukunft heißt Europa
- Broschüre:
Wir setzen deutsche Maßstäbe
im Umweltschutz durch
- Europas beste Seiten
CDU-Magazin zur Europawahl
- Broschüre:
Europa von A—Z
Aktuelle Stichworte zur Europapolitik

Meine Anschrift lautet:

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

**CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit
Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1**